



Bundesverband der Deutschen
Binnenschiffahrt e.V. (BDB)
Dammstraße 15-17, 47119 Duisburg
Verantwortlich:
RA Jens Schwanen, Geschäftsführer
Tel. (02 03) 8 00 06-60
Fax (02 03) 8 00 06-65
Internet: www.Binnenschiff.de
E-Mail: InfoBDB@Binnenschiff.de

8. August 2013

Binnenschiffahrt appelliert an die Tarifparteien im Konflikt um die WSV-Reform sowie an die Mitarbeiter in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung:

Beendet den Streik!

In einem schriftlichen Appell an die Tarifparteien im Konflikt um die WSV-Reform und an die Mitarbeiter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung fordert der Bundesverband der Deutschen Binnenschiffahrt e.V. (BDB), die seit dem 8. Juli 2013 andauernden Streiks an den Schleusen zu beenden.

„Ebenso wie die Mitarbeiter der WSV ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunft sichern wollen, muss dies auch für das Binnenschiffahrtsgewerbe möglich sein!“, fordert der BDB.

Bereits seit mehreren Wochen kommt es zu Verspätungen im Güterverkehr und sogar zu Transportausfällen, weil die Mitarbeiter in der Verwaltung ihre Arbeit an den Schleusen einstellen. Der Schiffsverkehr kommt in den betroffenen Fahrtgebieten damit komplett zum Erliegen. Der Ruf als verlässlicher und planbarer Logistikdienstleister nimmt hierdurch zunehmend Schaden. Leidtragende sind in erster Linie die häufig familiengeführten Kleinunternehmen in der Binnenschiffahrt, die aufgrund der Streiks enorme Umsatzausfälle haben und in einzelnen Fällen mittlerweile sogar in ihrer Existenz bedroht sind.

Zwar hat der BDB durchaus Verständnis für das Anliegen der Mitarbeiter, im Zuge der Verwaltungsreform Arbeitsplätze vor betriebsbedingten Kündigungen sichern zu wollen. Der Appell lautet aber, den Streit über die Rechtsverbindlichkeit bereits gegebener Zusagen nicht auf dem Rücken des Binnenschiffahrtsgewerbes auszutragen. Die Binnenschiffahrt hat nicht zuletzt durch die verheerende Hochwasserwelle im Juni 2013 bereits enorme Umsatzausfälle zu verzeichnen und ist nun auf einen reibungslosen Schiffsverkehr angewiesen. Der BDB hat in den vergangenen Wochen mehrfach Gespräche mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Bundesregierung geführt. Beide Tarifvertragsparteien sollten nach Überzeugung des Verbandes kompromissbereit sein und aufeinander zugehen.